

RUNDSCHREIBEN

<input checked="" type="checkbox"/> Prof., WM, AStA		Schlagwort :	Gruppe A
Bearbeiter/in: Lünskens		Klausureinsicht und Bereitstellung von Kopien	
Stellenzeichen / Tel. VP 02	Datum: 21.11.2018	Dieses Rundschreiben ersetzt:	

see English version below
convenience translation – not legally binding
pursuant to the decision of the Executive Board of 01.06.2018

Prüferinnen und Prüfer werden darauf hingewiesen, dass Studierende das Recht auf Einsicht in die Prüfungsunterlagen haben. Dem folgt ein Rechtsanspruch darauf, von den Prüfungsakten, d.h. unter anderem auch von den Prüfungsunterlagen, Kopien anzufertigen.

Es ist als Benachteiligung anzusehen bzw. erschwert die Rechtsverfolgung, wenn von Studierenden erwartet wird, dass sie allein auf der Grundlage einer zeitlich begrenzten Einsicht in die Prüfungsunterlagen nachträglich eine substantiierte Begründung für ein Gegenvorstellungs- oder Gerichtsverfahren erstellen sollen.

Die Studierenden sollen darauf hingewiesen werden, dass die Kopien ausschließlich für den Rechtsschutz aus der Prüfung verwendet werden und nicht anderweitig verbreitet oder öffentlich zugänglich gemacht werden dürfen.

Eine generelle Erlaubnis, die Ablichtung als Foto mit dem Smartphone zu erstellen, besteht nicht. Ihr kann alternativ zur Herstellung einer Kopie zugestimmt werden.

Zur Begründung:

Einsicht in Prüfungsunterlagen (Klausuren, Gutachten u.ä.):

Gemäß § 48 Abs. 1 Satz 6 AllgStuPO ist „In die bewerteten Prüfungsleistungen (ist) Akteneinsicht zu gewähren.“

Diese Regelung fußt auf § 4a des Gesetzes über die Berliner Verwaltung, der lautet: "Die Behörde hat den Beteiligten Einsicht in die das Verfahren betreffenden Akten zu gestatten." Die Prüfungsunterlagen (z.B. Klausur, Protokoll einer mündlichen Prüfung) sind Bestandteil der Prüfungsakte, Lösungsskizzen hingegen nicht.

Der Anspruch leitet sich aus der Rechtsweggarantie des Art 19 IV Grundgesetz ab, denn man kann den Rechtsweg nur dann effektiv beschreiten, wenn man den Aktenstand kennt.

Die Akteneinsicht rechtsgrundlos zu verweigern, verstößt gegen das verfassungsmäßige Willkürverbot und den Anspruch auf effektiven Rechtsschutz, denn Prüfer und die Prüfungsbehörde müssen der Prüfung neutral gegenüberstehen und dürfen kein Rechtsinteresse daran haben.

Im Falle rechtsgrundloser Verweigerung der Einsichtnahme behält sich die Technische Universität Berlin eine dienst- oder arbeitsrechtliche Prüfung vor.

Kopien von den Prüfungsakten:

Grundsätzlich gilt bei der Vertretung durch einen Rechtsanwalt, dass dieser sich Verwaltungsakten (hier Prüfungsakten) zur Einsicht in seine Kanzlei holen kann, wo er beliebig Kopien anfertigen kann. Jeder, der anwaltlich vertreten ist, bekommt also Kopien.

Im Vorverfahren zu einem Rechtsstreit herrscht kein Anwaltszwang. Daher darf der nicht anwaltlich vertretene Rechtssuchende, der die Akten nicht ausleihen darf, nicht benachteiligt werden. Außerdem muss die Behörde die Akten spätestens in einem Rechtsstreit sowieso dem Verwaltungsgericht vorlegen, wo sie die Gegenpartei dann einsehen und kopieren kann - sofern sich die Behörde nicht auf eine Geheimhaltungspflicht berufen kann.

§ 99 Abs. 1 Verwaltungsgerichtsordnung:

Behörden sind zur Vorlage von Urkunden oder Akten und zu Auskünften verpflichtet. Wenn das Bekanntwerden des Inhalts dieser Urkunden oder Akten und dieser Auskünfte dem Wohl des Bundes oder eines deutschen Landes Nachteile bereiten würde oder wenn die Vorgänge nach einem Gesetz oder ihrem Wesen nach geheim gehalten werden müssen, kann die zuständige oberste Aufsichtsbehörde die Vorlage von Urkunden oder Akten und die Erteilung der Auskunft verweigern.

Aber: Die Universität ist nicht verpflichtet, Abschriften und Ablichtungen aus den Akten selbst zu fertigen. Insbesondere besteht kein Anspruch des Beteiligten, ihm die Akten in Kopie zu übersenden, um ihm die Einsicht in die Originalakten zu ersparen. Die Behörde hat über die Anfertigung von Ablichtungen jedoch nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden. Befinden sich Fotokopiergeräte in der Behörde, ist es in der Regel ermessensfehlerhaft, dem Beteiligten die Anfertigung von Ablichtungen gegen Kostenerstattung zu versagen. Denn wegen der häufig langen Dauer der Verfahren ist es für ihn erforderlich, die in den Akten enthaltenen Informationen nicht nur zu lesen sondern auch zu speichern. Andernfalls würde dem Beteiligten die Verfolgung seiner Rechte ohne triftigen Grund erschwert.

Das Bundesverwaltungsgericht hat dazu in mehreren Urteilen entschieden:

BVerwG, 6 C 3/92

„[Der Prüfling] kann auf vermeintliche Irrtümer oder Rechtsfehler nur dann wirkungsvoll hinweisen und damit ein Überdenken anstehender oder bereits getroffener Entscheidungen erreichen, wenn er die die Bewertung tragenden Gründe der Prüfer in den Grundzügen nachvollziehen kann. Das ist allein aufgrund der Note nicht möglich, sondern erst dann, wenn er z. B. die Kriterien kennt, die für die Benotung seiner Prüfungsleistung maßgeblich waren, und er ferner weiß, wie die Anwendung dieser Kriterien in wesentlichen Punkten zu dem Bewertungsergebnis geführt hat. Dieses ist grundsätzlich erst aufgrund der Bewertungsbegründung oder etwaiger Korrekturanmerkungen, die Bestandteile der Begründung sind, zu realisieren.“

BVerwG, 6 C 1/93

„Zur Ermöglichung effektiven Rechtsschutzes ist dem Bewerber Einsicht in seine Prüfungsakten, insbesondere in die Gutachten und Prüferstellungnahmen sowie in etwaige Gegengutachten, zu gewähren.“

BVerwG, 6 C 35/92

„Damit das Verfahren des "Überdenkens" der Prüfungsentscheidung seinen Zweck, das Grundrecht der Berufsfreiheit des Prüflings effektiv zu schützen, konkret erfüllen kann, muß gewährleistet sein, daß die Prüfer jedenfalls ihre Bewertungen von schriftlichen Prüfungsleistungen hinreichen begründen (vgl. BVerwG, 6 C 3/92), daß der Prüfling seine Prüfungsakten mit den Protokollen der mündlichen Prüfung und den Korrekturbemerkungen zu den schriftlichen Arbeiten einsehen kann, daß die daraufhin vom Prüfling erhobenen substantiierten Einwände den beteiligten Prüfern zugeleitet werden, daß die Prüfer sich mit den Einwänden des Prüflings auseinandersetzen und, soweit diese berechtigt sind, ihre Bewertungen der betroffenen Prüfungsleistung korrigieren sowie alsdann auf dieser - möglicherweise veränderten - Grundlage erneut über das Ergebnis der Prüfung entscheiden.“

Prof. Dr. Heiß

Vizepräsident fr Lehre, Digitalisierung und Nachhaltigkeit

Examiners are advised that students have the right to view their examination documents. This includes the right to make copies of examination files, including examination documents.

It is to be considered as injurious to the legal process if students are expected to subsequently draft a substantiated justification for a remonstrance or legal proceedings purely on the basis of a temporary inspection of examination documents.

Students should be aware that any copies made are to be used exclusively for the purposes of legal protection relating to the examination, and not otherwise disseminated or made publicly accessible.

No general permission is granted to photograph documents using a smartphone. This may, however, be approved as an alternative option for making a copy.

Statement of reasons:

Inspection of examination documents (written examinations, evaluations etc.)

According to Section 48 (1) sentence 6 of the general study and examination regulations (AllgStu-PO) "an inspection of files for graded examined work is to be vouchsafed."

This provision is based on Section 4a of the Berlin administrative laws which states that "a public authority has to permit the party involved to inspect the files relevant to the proceedings." The examination documents (e.g. written examination, minutes of an oral examination) are a constituent part of the examination file; outline solutions, however, not.

The right to view files is derived from the right to a legal process contained in Article 19 IV of the Basic Law, as it is only possible to effectively pursue a legal process with knowledge of the file contents.

Denying access to files without legal basis violates the constitutional prohibition of arbitrariness and the right to effective legal protection, as the examiner and examining body are obliged to treat examinees neutrally and may have no legal interest.

Technische Universität Berlin is subject to an examination on the basis of service law and labor law should an examinee be denied the right to inspect a file without legal basis.

Copying of examination files:

In principle, lawyers commissioned to represent a client may inspect administrative files (in this case examination files) in their offices and make any copies deemed necessary. All students with legal representation thus receive copies.

There is, however, no obligation to be represented by a lawyer in preliminary proceedings. Parties seeking justice without legal representation, and thus not entitled to borrow files, may not be disadvantaged as a result. A public authority is further required to make files available to the administrative court, at the latest once litigation has commenced, where they can be inspected and copied by the adverse party should the public authority not be able to invoke an obligation to confidentiality.

Section 99 (1) Administrative Court Procedures Code:

Public authorities are obliged to provide information and present documents or files. Should providing information or making the content of documents or files known be injurious to the wellbeing of the German Federal Republic or a German federal state, or should a law or the essence of a law require proceedings to remain secret, the relevant supreme advisory authority can then refuse to present documents or files as well as withhold information.

However: The University itself is not obliged to prepare transcriptions and copies from files. In particular, the party involved does not have a right to have the file sent to them as a copy to avoid having to inspect the original files themselves. The public authority, however, decides at its own discretion, based upon an assessment of its duties, concerning the matter of copies. Should photo-

copiers be located in the offices of the public authority, it would generally be inappropriate not to prepare copies against payment for the parties involved. The often lengthy duration of legal proceedings makes it necessary for the parties involved to not only view the files but to have permanent access to them via a copy. Not being able to do so would make it more difficult for the party involved to pursue their rights without valid reason.

The Federal Administrative Court has passed a number of judgments on this issue:

BVerwG, 6 C 3/92

“[The examinee] can only then effectively point to errors of judgment or law and thus achieve a reconsideration of pending or existing judgments if he or she properly understands the examiners’ main reasons for an evaluation. This is not possible on the basis of the grade alone, but rather only if the examinee knows the criteria which were decisive for the grading of their work and if they also know how the application of these criteria in material respects led to the awarding of a grade. This is only possible on the basis of the reasons for the awarding of a grade or any corrections made which are relevant to the awarding of a grade.”

BVerwG, 6 C 1/93

“It is only possible to ensure effective legal protection by allowing the plaintiff to view their examination files, in particular the evaluation and examiner’s report as well as any second evaluations.”

BVerwG, 6 C 35/92

“In order that the process of “reconsidering” the evaluation of an examination or graded work can properly fulfill its aim of effectively protecting the examinee’s basic right of freedom of profession, it is necessary to ensure that the examiner can adequately justify the evaluation of written graded work (cf. BVerwG, 6 C 3/92), that the examinee can view their examination files, including the minutes of oral examinations and corrections to written work, that the substantiated objections raised by the examinee be forwarded to the examiners, that the examiners properly consider the examinee’s objections and, should these prove justified, amend their evaluation of the relevant graded work and then on this (possibly amended) basis make a new decision concerning the grade to be awarded.”

Prof. Dr. Hei

Vizeprsident fr Lehre, Digitalisierung und Nachhaltigkeit